

Naika Foroutan

Sektion 1: Emotionen und Politik: Stimmungen statt Argumente?

Thesenpapier

Die plurale Demokratie hat sich ein Versprechen gegeben, das sie in ihren Grundfesten erschüttern kann: Die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz ist eine Norm, Teilhabe und Partizipation aller Bürger*innen an zentralen Ressourcen und Gütern dieser Gesellschaft sind in einigen Bundesländern sogar eine gesetzliche Zusage und politische, sowie symbolische Anerkennung gilt als Gut, das auch marginalisierte Gruppen zunehmend einklagen. Die Nichterfüllung der Versprechen von Anerkennung, (Chancen-)Gleichheit und Teilhabe führt zu einem spannungsgeladenen, ambivalenten Zustand. Einerseits besteht das Selbstbild einer offenen, pluralen, toleranten demokratischen und gleichberechtigten Republik weiter – andererseits sind Ungleichheiten empirisch allerorten nachweisbar, so attestiert der Weltreport über Ungleichheit einer Forschergruppe um Thomas Piketty Deutschland so viel Ungleichverteilung bei Vermögen wie zuletzt 1913 (Alvaredo et al. 2018). Parallel zur strukturellen und sozialen Ungleichheit gibt es kulturelle und identifikative Ungleichheiten und ein Klima der Menschenverachtung, das sich nicht nur gegen Migration, sondern gegen liberale, plurale Lebens- und Gesellschaftsentwürfe allgemein richtet. Es entsteht also ein *Mismatch*, ein Widerspruch zwischen der Norm und der empirischen Realität. Dieser Widerspruch erzeugt eine große Gereiztheit, die die Gesellschaft emotionalisiert.

Parallel ist zu beobachten: Während Gleichheit als Norm von vielen kognitiv akzeptiert wird, stößt dieselbe Norm auf emotionale und affektive Abwehr, sobald nicht-dominante Gruppen sie für sich beanspruchen und ihre Teilhaberechte einfordern. Die meisten Menschen wissen zwar, dass allen Bürger*innen die gleichen Rechte zustehen, und stimmen dem auch auf einer abstrakten Ebene zu – im nächsten Moment verweigert jedoch rund ein Drittel der Bevölkerung Teilhaberechte z.B. gegenüber religiösen Minderheiten. Womöglich weil dieses Gleichheitsversprechen unintendierte Effekte haben kann, nämlich die Infragestellung der eigenen sozioökonomischen, soziostrukturellen oder kulturellen Position und Privilegien in der Gesellschaft.

Die Diskussionshypothese soll lauten: Der eingeforderte Gleichheitsanspruch durch die migrantischen oder als solche markierten Subjekte erinnert die Gesellschaft schmerzlich an den Verrat oder die Unerreichbarkeit der eigenen Norm und führt bei einem Teil der Bevölkerung zu Aggressionen gegenüber den migrantisierten Anderen, denn: Durch den Verweis auf die erkennbare Lücke zwischen Norm und Realität wird deutlich, dass existentielle Veränderungen notwendig wären, wollte man diese gesellschaftlich destruktive Dissonanz auflösen. Es müsste Platz geschaffen werden für jene, die bis dato als nicht zugehörig galten und nun den Anspruch erheben, Teil nicht nur der demokratischen Gesellschaft auf materieller Ebene, sondern auch des nationalen Kollektivs auf emotionaler Ebene zu sein.

Literatur:

Alvaredo, Facundo/Chancel, Lucas/Piketty, Thomas/Saez, Emmanuel/Zucman, Gabriel (2018): Die weltweite Ungleichheit. Der World Inequality Report. München: C.H. Beck Verlag.